



**Anträge
2016-2020**

**2. Kongress von
industriAll Europe**

**Madrid
7-9/6/2016**



Anträge 2016-2020 von industriAll European Trade Union

Vom 2. industriAll Europe Kongress am 08. Juni 2016 verabschiedet

Europäischer Stahl ist Zukunft!

Eine wichtige Erfahrung aus der Weltfinanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008 ist, dass die Staaten mit hoher industrieller Wertschöpfung einen schnelleren Erholungsprozess erlebten, als Staaten mit niedrigeren Anteilen.

Diese Erfahrungen haben die Europäische Union veranlasst, dem stetig sinkenden Industrieanteil an der Bruttowertschöpfung entgegenzuwirken und Maßnahmen zu beschließen, die eine Reindustrialisierung in der Union einleiten sollen.

Hierzu ist der Erhalt von ganzheitlichen Wertschöpfungsketten unabdingbar. Einen wesentlichen Beitrag zur industriellen Wertschöpfung liefern Basismetalle und deren Weiterverarbeitung in der Automobilindustrie, dem Maschinen- und Anlagenbau, in der Bauindustrie sowie der Haushaltswarenindustrie.

Insbesondere der Stahlsektor ist für eine wettbewerbsfähige industrielle Basis von zentraler Bedeutung, da er sehr eng mit diesen Wertschöpfungsketten verbunden ist.

Gegenwärtig befindet sich die europäische Stahlindustrie in einer sehr schwierigen Lage. Infolge der Wirtschaftskrise hat sich der Sektor nie wieder richtig erholt. Die Stahlnachfrage liegt nach wie vor deutlich unter Vorkrisenniveau und infolge dessen wurden bereits viele Hochofenkapazitäten in Europa stillgelegt. Zudem gingen im Zeitraum 2008 bis 2014 mehr als 80.000 europäische Arbeitsplätze in diesem Sektor verloren (2008: 420.000 Beschäftigte; 2014: 340.000 Beschäftigte). Dieser Trend hält an.

Trotz der sich langsam erholenden Konjunktur in den unterschiedlichen stahlverarbeitenden Sektoren und trotz ihres großen Potentials profitiert die europäische Stahlindustrie hiervon bisher nicht. Ganz im Gegenteil. Während die Stahlproduktion nach der Wirtschaftskrise weltweit weiter gestiegen ist, stagniert sie in der EU auf niedrigem Niveau und verbleiben die Preise auf außergewöhnlich niedrigem Niveau. Der Grund dafür liegt im Wesentlichen in weltweiten Überkapazitäten, unfairen Geschäftspraktiken und unterbewerteten Währungen, die die Wirtschaftlichkeit der Anlagen und die Lebensfähigkeit des Stahlsektors in Frage stellen. Hohe Energiepreise sind eine zusätzliche Belastung für die europäische Stahlindustrie. In den meisten Staaten kam die Nachfragebelebung den Importen zugute. Diese Situation wurde durch die Tatsache verschärft, dass ein zu umfassender Kapazitätsabbau, insbesondere seit 2009, Importe begünstigt hat. Diese haben das Unvermögen europäischer Werke ausgeglichen, die Nachfrage nach bestimmten Produkten zu decken. IndustriAll Europe hat immer wieder auf das mit dem Abbau von Produktionskapazitäten verbundene Risiko hingewiesen.

Notwendig für eine nachhaltige Erholung der europäischen Wirtschaft – und somit auch für positive Impulse auf den Stahlverbrauch - ist ein europäischer Investitionsplan, wie ihn die europäische Gewerkschaftsbewegung seit Jahren einfordert. Außerdem muss endlich die einseitige aggressive Austeritätspolitik beendet werden, da sich diese negativ auf unsere Binnenmärkte auswirkt.

Angebotsseitig haben Überkapazitäten, vor allem in Russland und China, zu einem dramatischen Anstieg der Exporte geführt, die die globalen Stahlmärkte zunehmend destabilisieren und dadurch immer größeren Druck auf den europäischen Markt ausüben und unsere Arbeitsplätze gefährden. Allein die chinesischen Überkapazitäten werden auf ca. 350 Millionen Tonnen geschätzt (OECD-Zahlen – 2015). Dies entspricht fast der doppelten Jahresproduktion in der EU.

Die beispiellose Zahl an Anti-Dumping-Klagen belegt, dass Überkapazitäten in Drittstaaten zu einer Welle unfairer Handelspraktiken geführt haben. Im Ergebnis wird Stahl durch direkte und indirekte Subventionen im EU-Binnenmarkt zu Dumpingpreisen abgesetzt. Chinas Überkapazitäten haben bereits schwerwiegende soziale, ökonomische und ökologische Konsequenzen in der EU und sollte die EU China als Marktwirtschaft ansehen, so hätte diese Entscheidung direkte und unmittelbare negative Auswirkungen auf Investitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen in der EU. Dem stetig steigenden Importdruck begegnete die europäische Stahlindustrie bisher mit Restrukturierungs- und Kostensenkungsprogrammen und Personalabbau. Diese Potentiale sind nun weitestgehend auf Kosten der Beschäftigten ausgereizt. Dem gegenüber steht ein gefährlicher, bestandsgefährdender Investitionsstau in der Stahlindustrie.

Resultierend aus den genannten Problemen der Stahlindustrie zeichnet sich gegenwärtig eine neuerliche Konsolidierungsrunde der europäischen Stahlindustrie ab. Wir beobachten massive Restrukturierungen in Europas Stahlindustrie; die britische Stahlindustrie steht gänzlich zur Disposition. Die Gefahr eines beschleunigten Arbeitsplatzverlustes in der ganzen europäischen Stahlindustrie ist leider reale Wirklichkeit!

Ohne geeignete Schutzmaßnahmen und zusätzliche Wachstumsimpulse aus einem europäischen Investitionsprogramm sind die europäische Stahlindustrie und wesentliche Teile der Wertschöpfungsketten, die Stahl verarbeiten, im Fortbestand gefährdet.

Unsere Stahlindustrie hat weltweit die höchsten ökologischen Standards. Eine ökologische Zukunft ohne Stahl kann es nicht geben. Stahl ist ein elementarer, für die Energiewende unverzichtbarer, Werkstoff, den wir beim ökologischen Umbau dringend benötigen. Projekte wie Windkraft, Sonnenenergie und Wasserkraft sind ohne Stahl nicht zu realisieren. Allerdings droht mit der Reform des EU-Emissionshandelssystems eine weitere Verschärfung für die Stahlindustrie, die Arbeitsplätze gefährdet. industriAll Europe setzt sich für Klima- und Umweltschutz ein. Deswegen gilt es zu verhindern, dass die europäische Stahlindustrie gefährdet wird, denn hier findet die weltweit umweltfreundlichste Stahlproduktion statt. Eine Verlagerung der Produktionskapazitäten ins außereuropäische Ausland, wo es keine vergleichbaren Emissionshandelssysteme gibt, wäre im Bereich Klimaschutz kontraproduktiv weil es zu höheren Emissionen führen würde.

IndustriAll Europe wird sich auf allen politischen Ebenen dafür einsetzen:

- dass ein dringend benötigtes europäisches Zukunftsinvestitionsprogramm, wie vom EGB seit 2013 gefordert, endlich Realität wird;
- dass verschärfte Handelsschutzinstrumente gegen die Einfuhr von Dumpingstahl konsequent und schnell zur Anwendung kommen und weiterentwickelt werden. Ein fairer internationaler Wettbewerb und gleiche Wettbewerbsbedingungen sind für den Erhalt der europäischen Stahlindustrie unabdingbar. Die EU muss robuste und schnelle handelspolitische Schutzinstrumente schaffen, um in der Lage zu sein, ihre Industrie und Beschäftigung wirksam zu verteidigen;
- dass europäische Industrien, vor allem Stahl und Aluminium, auf sektoraler Basis und von Fall zu Fall durch Handelsschutzinstrumente effizient geschützt werden;

- dass wir zusätzlich zur grundlegenden Position des Dringlichkeitsantrages „Nur fairer Freihandel garantiert die Zukunft der europäischen Industriebeschäftigten“, der sich gegen die Gewährung des Marktwirtschaftsstatus an China wendet, betonen, dass die Schaffung wirksamer und strengerer Handelsschutzinstrumente eine unabdingbare Voraussetzung für die Gewährung des Marktwirtschaftsstatus an China ist;
- dass die sich abzeichnende Konsolidierung der Stahlindustrie nicht einseitig zu Lasten der Beschäftigten geht;
- dass die Investitionen in der europäischen Stahlindustrie in die Modernisierung der Anlagen und Forschung und Entwicklung neuer Produkte gesteigert werden;
- dass das EU-Emissionshandelssystem nicht auf Kosten der Beschäftigten in der Stahlindustrie reformiert wird, sondern dazu dient, die europäische Stahlindustrie zu beleben und zu modernisieren sowie die europäischen Klimaziele zu erreichen. Es müssen Maßnahmen ergriffen werden, um sicherzustellen, dass Energiepreise die Wettbewerbsfähigkeit der Stahlindustrie nicht untergraben;
- dass der europäische Stahllaktionsplan weiterentwickelt und endlich mit konkreten Maßnahmen für den Erhalt der europäischen Stahlindustrie hinterlegt wird;
- In Übereinstimmung mit unseren früheren Positionen fordern wir starke Tarifsysteme und Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Beziehungen, um die Austeritätspolitik zu bekämpfen und die Herausforderungen in der Stahlindustrie zu meistern, eben auch durch ein steigendes Lohnniveau.

Europa braucht eine faire Wirtschafts-, Handels- und Klimapolitik, damit Industriearbeit auch zukünftig einen wichtigen Beitrag zu breitem, gesellschaftlichen Wohlstand leisten kann!